

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2016**

Sitzung Nr. 10 Ö

am Dienstag, 25. Oktober 2016

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte: Albert, Erwin-Peter
Back, Udo
Dittmann, Rouven
Geider, Adolf
Grün, Klaus
Heger, Rudi
Heger, Roman
Herling, Michael
Kamuf, Carsten
Klemenz, Birgit
Knopf, Norbert
Köck, Siegfried
Krenzke, Marina
Rehorst, Tobias
Runde, Anneliese
Ronellenfitsch, Andrea
Schell, Achim
Speckert, Ferdinand
Thome, Manuel
Vetter, Theo
Weis, Torsten
Prof. Dr. Werner, Wolfgang

Protokollführung: Reich, Anette

Gäste: Dietz, Peter
Grimm, Georg (19:45 bis 21:35 Uhr)
Haußmann, Elke
Kleiber, Werner
Kreibiehl, Markus (bis 20:10 Uhr)
Laux, Angelika (bis 20:15 Uhr)
Thome, Sebastian
Ridderbusch, Jens, Statistischen Landesamt
Hartung, Frieder, Büro Urbane Projekte & Konzeptionen

Sitzungsbeginn: 19:02 Uhr

Sitzungsende: 23:25 Uhr

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 14.10.2016 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 22 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: keine

Es fehlen unentschuldigt: keine

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 1
Bekanntgabe der am 27.09.2016 nicht-öffentlich gefassten Beschlüsse	
Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 27.09.2016	

- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2016

Das Protokoll der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 27.09.2016 lag offen.

Aus der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 27.09.2016 gibt Bürgermeister Dr. Eger bekannt, dass der Firma Piccolo K & L Behältertechnik GmbH die aus dem Sanierungsgewinn im Insolvenzplanverfahren im Jahr 2014 entstandene Gewerbesteuer in Höhe von rund 105.000 € erlassen wird. Der Firma Lidl wird ein Grundstück in der Größe von ca. 7.300 m² im Gewerbegebiet "Schiff II" angeboten und die Gemeinde signalisiert Bereitschaft zum Kauf des derzeitigen Lidl-Areals. Im Eigenbetrieb Abwasserentsorgung wurde Herr Andreas Keth als Fachkraft für Abwassertechnik eingestellt. An der Erholungsanlage St. Leoner See wurde der Beschäftigungsumfang von Frau Marina Barjaktar erhöht. In der Kernzeitbetreuung Rot wurde Frau Claudia Bälz unbefristet eingestellt, der Beschäftigungsumfang von Frau Rosa Bender erhöht und Frau Gabriela Brecht neu eingestellt. Beim Bauhof wurde Herr Maximilian Hoffmann als Mitarbeiter für den Gartenbautrupp St. Leon eingestellt. In der Parkringschule wird Frau Petra Oechsler auf die Stelle "Reinigung und Essensausgabe Mensa Parkringschule" umgesetzt. Für die Reinigung der Sporthalle St. Leon wurde Frau Tanja Ziegler eingestellt.

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 2
Bestellung von Urkundspersonen	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden **Gemeinderätin Birgit Klemenz** und **Gemeinderat Norbert Knopf** als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 3
Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger stellt Herrn Silvio Petersohn als neuen Geschäftsführer des Harres ab 01.01.2017 und Nachfolger des zum Februar scheidenden Geschäftsführers Helmut Paul vor. Der Aufsichtsrat der Harres Betriebs GmbH hat der Einstellung zugestimmt. Herr Silvio Petersohn stellt sich persönlich kurz vor.

Gemeinderat Achim Schell beantragt die Tagesordnungspunkte 17 und 18 aufgrund des großen Interesses seitens der Bevölkerung vorzuziehen und im Anschluss an den Punkt „Wünsche und Anfragen“ aus der Bevölkerung zu behandeln.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass die Referenten zum Punkt 17 erst auf 20 Uhr eingeladen sind, und schlägt vor, über den Geschäftsordnungsantrag erst abzustimmen, wenn die Referenten da sind und klar ist, wie weit man in der Tagesordnung gekommen ist, da auch Auftragsvergaben mit Bindungsfristen abzuhandeln sind.

Gemeinderat Achim Schell ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Frau Gabi Dörflinger, Jagstweg 15, von der Bürgerinitiative Asyl St. Leon-Rot hat das Anliegen, das die Gemeinde Lösungen zum Thema Wohnraum für einkommensschwache Personen schafft. Bis Jahresende werden etwa 100 geflüchtete Personen in der Gemeinde wohnen, von denen auszugehen ist, dass die meisten hier auch wegen der Wohnsitzauflage wohnen bleiben werden. Da sie in der Anschlussunterbringung beengt auf ca. 10 – 12 qm leben, werden sie langfristig nach günstigem Wohnraum suchen. Dringenden Bedarf sieht sie für Großfamilien von sechs bis sieben Personen, die auf dem freien Markt keine Chance haben. Es sind zwei siebenköpfige, fünf sechsköpfige eine fünfköpfige und eine vierköpfige Familie sowie ansonsten Einzelpersonen. Die Wohnraumplanung auf dem Areal der Kramer-Mühle mit Maximalflächen von 76 qm und höchstens zwei Schlafzimmern bietet keine Lösung für große Familien. Sie plädiert für wohngeldkonforme Wohnungen von 90 – 100 qm sowie WG-geeignete Wohnungen für Einzelpersonen, die nicht offen geschnitten sind. Sie bittet die tatsächlichen Bedarfe nach Dringlichkeit zu ermitteln und die Planung danach auszurichten. Im Übrigen hat die Bürgerinitiative Asyl gute Erfahrungen mit dem vom Gemeinderat beschlossenen Konzept der dezentralen Unterbringung gemacht und befürwortet auch bei der Unterbringung von sozial schwachen Familien dieses Konzept, um auch im Hinblick auf die gegenüberliegende Roter Straße 3 soziale Brennpunkte zu vermeiden. Als Alternative zu großen Neubauten schlägt sie vor, für private Vermieter Anreize zu schaffen, indem die Gemeinde für eine Probephase Wohnraum in Altbauten anmietet, die saniert werden, sowie kleine Wohneinheiten in Neubaugebieten mit Flüchtlingen, die als Untermieter auftreten.

Herr Albert Weinlein, Otto-Hahn-Str. 6, wendet sich als Sprecher des Freundeskreises Kramer-Mühle e.V. gegen eine isolierte Bebauung auf der Mühlenwiese. Sein Verein möchte das Erscheinungsbild der Mühle mit so wenigen Eingriffen wie möglich erhalten. Das Anwesen sollte für Kultur, Vereine und Bürger für nachfolgende Generationen erhalten bleiben. Da die tatsächliche Zahl der zugewiesenen Flüchtlinge unter den beim

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2016

Erwerb anzunehmenden Zahlen geblieben ist, besteht momentan kein unmittelbarer Bedarf für eine sofortige Bebauung, zumal die Gemeinde in den vergangenen Monaten Objekte zur Unterbringung von 240 Personen erwerben konnte. Er plädiert dafür, dass die Gemeinde über Art und Umfang eines sozialen Wohnungsbauprogramms entscheidet, wobei die Verwendung eigener Grundstücke, der Erwerb geeigneter Grundstücke und die Erschließung eines Neubaugebietes für diese Zwecke notwendig sein werden. Eine isolierte Bebauung der Mühle ohne gesamtheitliches Wohnungsbaukonzept hält er nicht für richtig. Des Weiteren sollte zuerst das Nutzungskonzept für die Kramer-Mühle erstellt werden, bevor über die Bebauung der Mühlenwiese entschieden wird. Darüber hinaus bittet er den Wunsch nach Erhalt der Mühlenwiese in ihrem jetzigen Zustand zu respektieren. Der Freundeskreis Kramer-Mühle e.V. hat zu dieser Meinung 620 Unterschriften von unterstützenden Bürgern erhalten.

Herr Erich Heger, Behringstraße 23, weist als Vorsitzender der St. Leoner Ortsvereine auf den Raumbedarf der Vereine für Versammlungen und Probetrieb in regelmäßiger und dauerhafter Nutzung sowie für größere Veranstaltungen im Innen- und Außenbereich hin. Hierfür würden sich das Mühlengelände und der Innenhof anbieten. Des Weiteren muss das Parkplatzproblem gelöst werden. Er bittet die Bebauung der Mühlenwiese zurückzustellen, bis ein ausgewogenes Nutzungskonzept am runden Tisch entwickelt worden ist.

Bürgermeister Dr. Eger verweist auf die Sachberatung zur Kramer-Mühle bei den entsprechenden Tagesordnungspunkten und erinnert daran, dass Herr Heger als Sprecher der damaligen Bürgerinitiative zum Ankauf der Kramer-Mühle im Dezember 2015 sein Plädoyer auch damit untermauert hat, dass die anteiligen Grunderwerbskosten für den Bau von Sozialwohnungen in den Bereich der Pflichtaufgaben der Gemeinde fallen und daher nicht geeignet seien, sich aus Kostengründen gegen den Ankauf der Mühle zu wenden. Somit hatte beim Ankauf durchaus ein Konsens über die Bebaubarkeit des Grundstücks bestanden.

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 4
Information zur Jahresrechnung 2015	- 913.6 -

Ausführungen und Beschluss:

Herr Sebastian Thome informiert anhand einer aufgelegten Präsentation über die wesentlichen Finanzdaten 2015 im Vergleich zum Haushalt und das voraussichtliche Jahresergebnis 2015. Im Ergebnishaushalt wurde bei Erträgen von 60,2 Mio. € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 59,6 Mio. € ein Überschuss von 620.800 € eingeplant, der der Ergebnismittelrücklage zugeführt werden sollte. Tatsächlich wurden ordentliche Erträge in Höhe von 68,4 Mio. € gegenüber ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 66 Mio. € und damit ein Überschuss von 2.458.362 € erzielt. Die um 8,1 Mio. € höheren Erträge beruhen hauptsächlich auf höheren Steuereinnahmen (Plus 7,5 Mio. €) und überplanmäßigen Zuweisungen und Zuschüssen für die Grundbucheinsichtsstelle sowie für die Kinderbetreuung. Die um 6,3 Mio. € höheren Aufwendungen sind höheren Transferaufwendungen geschuldet, nämlich Umlagezahlungen aus der Gewerbesteuer und Rückstellungen für die in zwei Jahren fälligen Umlagen. Das ordentliche Ergebnis lag damit um 1,8 Mio. € höher als geplant.

Die Entwicklung der Gewerbesteuer verlief in den vergangenen Jahren fast immer besser als eingeplant. Die Steuern machen mit 61,8 Mio. € den größten Anteil der Erträge im Ergebnishaushalt aus, gefolgt von Zuweisungen, Zuwendungen und Umlagen mit 3,6 Mio. €. Sodann folgen die öffentlich-rechtlichen Entgelte mit 331.000 €, die privatrechtlichen Entgelte mit 556.000 €, die Kostenerstattungen und Kostenumlagen mit 850.000 €, die Zinsen und ähnlichen Erträge mit 740.000 € sowie sonstige Erträge mit 500.000 €.

Bei den Aufwendungen bildet der größte Block die Transferaufwendungen mit 53 Mio. € entsprechend 81 %, also Umlagezahlungen an den Kreis und an das Land aus der Gewerbesteuerumlage. Sodann folgen die sonstigen ordentlichen Aufwendungen mit 2,8 Mio. €, die Personalaufwendungen mit 4,1 Mio. €, die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit 3,3 Mio. €, planmäßige Abschreibungen mit 2,5 Mio. € und Zinsen und ähnliche Aufwendungen nahezu null Prozent.

Im Finanzhaushalt waren Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 60,2 Mio. € und damit ein Zahlungsmittelbedarf von 1,1 Mio. € eingeplant. Bei der Investitionstätigkeit waren Einzahlungen in Höhe von 2 Mio. € und Auszahlungen in Höhe von 14,5 Mio. € und somit ein Finanzierungsmittelverbrauch in Höhe von 12,5 Mio. € eingeplant. Der Bestand an liquiden Mitteln sollte also insgesamt um 13,6 Mio. € sinken. Tatsächlich hat sich der Finanzierungsmittelbedarf jedoch auf nur 2 Mio. € verbessert: Im Ergebnishaushalt ergab sich ein Zahlungsmittelüberschuss von 3,1 Mio. € gegenüber einem Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit von 5,1 Mio. €.

Der Kassenbestand an liquiden Mitteln zum 31.12.2015 betrug 97,5 Mio. €, es wurden Umlagerückstellungen für Kreis- und FAG-Umlage in Höhe von 66,3 Mio. € gebildet. Die Zahlen sehen zwar nach einem deutlichen Überschuss aus, doch wurden aus dem Jahr 2015 noch 10,8 Mio. € nicht erledigter Aufgaben ins Jahr 2016 übertragen. Auch ist im Haushalt 2016 ein Mittelverbrauch von 18 Mio. € eingeplant, die ebenfalls zulasten der liquiden Mitteln gehen. Abschreibungen waren im Haushalt 2015 mit 2,4 Mio. € eingeplant und in das Jahresergebnis bereits eingerechnet.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2016**

Der Gemeinderat nimmt die Information zur Jahresrechnung 2015 zur Kenntnis.

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 5
Feststellung des Jahresabschlusses 2015 für die KWG	- 644.131 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger weist auf sein Versäumnis hin, diesen Punkt vor Eintritt in die Tagesordnung bereits abzusetzen, da die Aufsichtsratssitzung, der KWG verlegt wurde. Dieser Tagesordnungspunkt wird daher heute nicht behandelt.

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 6
Jahresabschluss 2015 des „Eigenbetriebs Abwasserentsorgung“ der Gemeinde St. Leon-Rot	- 700.17 -

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage. Der Jahresgewinn basiert nicht auf gestiegenen Verbräuchen oder Gebührenerhöhungen, sondern allein auf der Tatsache, dass Maßnahmen in 2015 begonnen, jedoch erst in 2016 abgerechnet werden konnten.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung St. Leon-Rot für das Wirtschaftsjahr 2015 wird wie folgt festgestellt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

1.1 Bilanzsumme	14.973.844,74 €
1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf	
- das Anlagevermögen:	13.527.988,32 €
- das Umlaufvermögen:	1.445.856,42 €
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
- das Eigenkapital:	3.529.736,06 €
- die empfangenen Ertragszuschüsse:	2.444.111,96 €
- die Rückstellungen:	10.234,33 €
- die Verbindlichkeiten:	8.989.762,39 €
1.2 Jahresgewinn	111.060,89 €
1.2.1 Summe der Erträge	2.128.128,15 €
1.2.2 Summe der Aufwendungen	2.017.067,26 €

2. Feststellung und Verwendung des Jahresergebnis

Der Jahresgewinn in Höhe von 111.060,89 €
wird auf das nächste Betriebsjahr vorgetragen und der
Rückstellung für Gebührenüberschüsse zugeführt.

3. Entlastung der Betriebsleitung

Die Betriebsleitung wird entlastet.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2016

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 7
Alte Kläranlage, Regenwasserhebwerk (HW IV) Sanierung der Schneckenpumpen, hier: Auftragsvergabe	- 702. -

Ausführungen und Beschluss:

Herr Markus Kreibiehl hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Gemeinderäte Theo Vetter und Rudi Heger halten die Maßnahme für die Funktionstüchtigkeit des Hebewerkes für unerlässlich und signalisieren Zustimmung.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, den Auftrag zur Sanierung der Regenwetter-Schneckenpumpen zur vorläufigen Auftragssumme in Höhe von 137.347,43 € an die Firma Kuhn GmbH aus Höpfingen zu vergeben.

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 8
Jahresabschluss 2015 des Eigenbetriebs Wasserversorgung	- 905.12 -

Ausführungen und Beschluss:

Frau Angelika Laux hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage. Die Bilanzsumme ist von 155.000 € auf 3,6 Mio. € gestiegen. Dabei wurden 207.000 € in das Sachanlagevermögen investiert, zum Beispiel in die Herstellung von Hausanschlüssen in Höhe von 12.000 €, die Versorgungsleitung Kettelerstraße 110.000 €, Hauptstraße 59 für die Erschließung 50.000 €, Haus- und Grundstücksanschlüsse Mensa Parkringschule 42.000 €, so dass eine Investitionsrate von ca. 6 % auf die Bilanzsumme in 2015 erreicht wurde. Durch die Eigenkapitalzuführung von der Gemeinde in Höhe von 400.000 € kam es zu einem Finanzierungsüberschuss von 188.000 €. In der Gewinn- und Verlustrechnung fielen die Umsatzerlöse um 80.000 € höher aus als im Vorjahr aufgrund des guten Wasserverkaufs. Dieser lag bei 952.000 cbm verkauftes Trinkwasser. Hiervon gingen 744.000 cbm an die Haushalte und 205.000 cbm an die Großabnehmer. Der Mehrverbrauch 2015 wurde hauptsächlich über die Gartenwasserzähler erzielt: ca. 55.000 cbm mehr. Die Gartenberegnung bringt zwischenzeitlich etwa 119.000 cbm verkauftes Trinkwasser. Der durchschnittliche Jahresumsatz steigt somit auf 875.000 cbm Wasser an. Es liegt kein Abwärtstrend vor. Der Wasserverlust im Ortsnetz lag bei nur einem Prozent entsprechend ca. 13.000 cbm. Der Wasserpreis liegt seit 2011 bei 0,89 € je cbm, bei den bezogenen Leistungen mussten Aufwendungen für Streckenschieber und Kreuzungen im Rahmen des Deckensanierungsprogramms Hohe-Buch-Ring in Höhe von 105.000 € verbucht werden, die den Jahresverlust mit verursacht haben.

Bürgermeister Dr. Eger erläutert anhand eines aufgelegten Schaubildes, dass die Gemeinde St. Leon-Rot mit der Wassergebühr von 0,89 € im Vergleich zum gesamten Rhein-Neckar-Kreis (Durchschnitt 1,74 €) am günstigsten liegt. Er weist auf die Möglichkeit der Gartenwasserzähler hin als legale Alternative zu nicht erlaubten Hausbrunnen im Rahmen des Anschluss- und Benutzungszwangs, um die Qualität des Grund- und Trinkwassers zu sichern. Bei Gartenwasserzählern wird nur der moderate Trinkwasserbezugspreis berechnet, nicht jedoch die Abwassergebühr.

Gemeinderat Siegfried Köck ist erfreut über die einwandfreie Qualität des Trinkwassers. Der Neubau des Wasserwerkes hat sich gelohnt, seit 2011 ist der Trinkwasserpreis stabil und der 2010 noch bestehende siebenprozentige Wasserverlust hat sich aufgrund der Sanierungsmaßnahmen verbessert, die Sanierung hat sich demnach gelohnt. Der neue Brunnen ist notwendig. Für den Jahresverlust sind notwendige Maßnahmen ursächlich, es wurde dennoch gute Arbeit geleistet.

Gemeinderat Rudi Heger ist erfreut, dass die Gemeinde im Preisvergleich sehr gut dasteht, er sieht auch einen gestiegenen Wasserverbrauch bei den Großabnehmern aufgrund der Wetterlage 2015.

Gemeinderat Roman Heger ist zufrieden mit dem Betriebsergebnis und den stabilen Preisen.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebs Wasserversorgung St. Leon-Rot für das Wirtschaftsjahr 2015 wird wie folgt festgestellt:

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2016

1. Feststellung des Jahresabschlusses

1.1 Bilanzsumme	3.653.186,04 €
1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf	
- das Anlagevermögen:	2.532.666,21 €
- das Umlaufvermögen:	1.109.678,69 €
- aktive Rechnungsabgrenzungsposten	10.841,14 €
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
- das Eigenkapital:	2.442.586,78 €
- die empfangenen Ertragszuschüsse:	58.115,43 €
- die Rückstellungen:	54.954,64 €
- die Verbindlichkeiten:	976.288,19 €
- passive Rechnungsabgrenzungsposten	121.241,00 €
1.2 Jahresverlust	26.083,45 €
1.2.1 Summe der Erträge	1.144.561,11 €
1.2.2 Summe der Aufwendungen	1.170.644,56 €

2. Feststellung und Verwendung des Jahresergebnis

Der Jahresverlust in Höhe von 26.083,45 € wird wie folgt verwendet:

a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	26.083,45 €
b) auf neue Rechnung vorzutragen	0,00 €
c) zur Tilgung des Verlustvortrages	0,00 €

3. Entlastung der Betriebsleitung

Die Betriebsleitung wird entlastet.

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 9
Erneuerung Wasserversorgungs-Anschluss Mensa/Parkringschule hier: Auftrag an die Fa. Walter Sailer	- 815.61 -

Ausführungen und Beschluss:

Frau Angelika Laux hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Carsten Kamuf möchte wissen, ob durch die Verzögerung bei der Hochbaumaßnahme Mensa nun mehr Kosten entstehen und wer gegebenenfalls dafür haftet.

Ortsbaumeister Peter Dietz erläutert, dass die Mensa genau im Bauzeitenplan lag, im Herbst dann jedoch die Hauptzuleitung gebrochen ist und die Mensa geflutet wurde. Der Fall wurde vom Verursacher der Versicherung gemeldet, die den Schaden weitgehend übernimmt. Estriche und Unterbauten sind zwischenzeitlich weitgehend getrocknet, sodass der normale Bauablauf weitergeht.

Frau Angelika Laux erklärt, dass es sich um ca. 5.000 € Mehrkosten gegenüber der ursprünglichen Auftragssumme handelt.

Gemeinderat Michael Herling möchte wissen, warum nur ein Angebot vorliegt.

Frau Angelika Laux erklärt, dass aufgrund der derzeitigen Auftragslage nur die Firma Sailer zu einer Angebotsabgabe zu bewegen war, die zurzeit sowieso im Ort zugange ist und daher kurze Anfahrtswege hat. Obwohl kein Wettbewerb stattfand, konnte das Angebot dennoch nach den Marktpreisen geprüft werden.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs Wasserversorgung wird ermächtigt, den Auftrag zur Erneuerung des Wasserversorgungsanschlusses Mensa/Parkringschule an die Fa. Walter Sailer aus Sandhausen zu vergeben. Die Kosten dafür belaufen sich auf netto 55.944,97 €. Die Mittel werden überplanmäßig bewilligt.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2016

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 10
Jahresabschluss 2015 des Eigenbetriebes Erholungsanlage St. Leoner See	- 905.12 -

Ausführungen und Beschluss:

Herr Sebastian Thome hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage. Der Eigenbetrieb Erholungsanlage St. Leoner See hatte 2015 Umsatzerlöse in Höhe von 1,6 Mio. €. Davon entfielen 1,5 Mio. € auf den See. Die durchgehend schöne Wetterlage von Juli bis September brachte mehr bei den Eintritten zum Badesee und eine gute Auslastung bei den Übernachtungen der Campinggäste aufgrund der neuen Mietobjekte, die seit Mitte der Saison zur Verfügung standen. Auch im Hallenbad wurde ein Anstieg der Besucherzahlen festgestellt, und zwar sowohl bei der Vereins- und Schulnutzung als auch bei den Badegästen beim öffentlichen Baden, was auch auf die Ausweitung der Öffnungszeiten zurückzuführen ist. Die Photovoltaikanlage auf dem Hallenbaddach brachte Einspeiseentgelte in Höhe von 20.000 €, die Einspeisevergütung vom Blockheizkraftwerk, das die Wärmeversorgung sicherstellt, erzielte 109.000 €, wovon allerdings 78.000 € auf die Jahre 2012 bis 2014 als Nachzahlungen entfallen, da erst im Dezember 2014 alle erforderlichen Genehmigungen für die Auszahlung dieser Einspeiseentgelte vorlagen. Der Unterhaltungs- und Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr etwas zurückgegangen, die Zins- und Tilgungsleistungen erfolgten planmäßig. Auf den Jahresverlust in Höhe von 269.740 € entfällt ein Jahresgewinn von 429.000 €, auf den Bereich Versorgung/ Photovoltaikanlage/ Blockheizkraftwerk 90.000 € Gewinn und für das Hallenbad ein Verlust von 790.000 €, den die Gemeinde laut Gemeinderatsbeschluss ausgleichen wird. Die größten Investitionen bei der Erholungsanlage waren 2015 zwei Kinderspielplätze für 41.000 €, der Beginn des Kiosks mit 20.000 € und für die Ingenieurleistung des Masterplans 20.000 €. Investitionen im Hallenbad waren die Außentreppe mit 22.000 € und die Anschaffung einer Spielstation mit 9.000 €. Somit wurden im gesamten Eigenbetrieb 245.000 € investiert.

Gemeinderat Tobias Rehorst stellt fest, dass der Verlust durch den Betrieb des Hallenbades bedingt ist und durch die Ausweitung der Öffnungszeiten auch angestiegen ist. Allerdings ist es erfreulich, dass die Anzahl der Badegäste mit 18.000 im letzten Jahr stark zugelegt hat. Durch ein gutes Wirtschaften am See mit 49 % mehr Badegästen und eine positive Entwicklung im Camperbereich kann dieser Fehlbetrag beim Hallenbad ein Stück weit ausgeglichen werden. Er signalisiert Zustimmung zur Entlastung und überplanmäßigen Mittelbereitstellung für den Verlustausgleich.

Gemeinderat Rudi Heger signalisiert Zustimmung und hofft, dass die gute Wetterlage 2016 das Betriebsergebnis verbessern kann.

Bürgermeister Dr. Eger macht deutlich, dass 2015 ein Rekordjahr war. Die Verluste aus dem Hallenbad werden immer herausgerechnet, damit die Überschüsse am See reinvestiert werden, um einen Rückstand zu vermeiden. Aus diesem Grund soll der Verlustausgleich für das Hallenbad überplanmäßig bereitgestellt werden.

Für Gemeinderat Roman Heger verlief das Jahr 2015 sehr zufriedenstellend, weitere Investitionen wurden getätigt, die Gästezahlen stimmen und die Eintrittspreise sind vergleichsweise niedrig. Die Öffnungszeiten des Hallenbades sind weiter zu optimieren.

Gemeinderat Norbert Knopf möchte wissen, ob das Wärmenetz zwischen Hallenbad und Harres mit Vorteilen für die Betriebskosten inzwischen weiter gediehen ist und ob zu den Themen Kiosk und Spielplatz im Stile einer Alla-Hopp-Anlage am Hallenbad schon weitere Überlegungen angestellt wurden.

Herr Sebastian Thome antwortet, dass zu Kiosk und Spielplatz keine weiteren Ideen entwickelt wurden, da hierfür ein Anbau notwendig würde. Im Foyer wurde jedoch ein Getränkeautomat aufgestellt.

Bürgermeister Dr. Eger verweist auf die Fortschreibung der Planung für das neue Jugendzentrum, die aufgrund der Schulprojekte und der Flüchtlingsthematik zurückgestellt worden war. Das Thema Wärmenetz ist bereits ausgearbeitet und kommt in einer der nächsten Sitzungen.

Prof. Dr. Wolfgang Werner möchte wissen, ob durch die Ausweitung der Öffnungszeiten im Hallenbad das Defizit niedriger wird.

Bürgermeister Dr. Eger bezweifelt dies angesichts des höheren Personalaufwandes. Allerdings sind die Besucherzahlen absolut gesehen gestiegen.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2016**

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

I. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Erholungsanlage St. Leoner See für das Wirtschaftsjahr 2015 wird wie folgt festgestellt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

1.1 Bilanzsumme	10.441.007,64 €
1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf	
- das Anlagevermögen:	8.826.727,98 €
- das Umlaufvermögen:	1.613.113,39 €
- aktive Rechnungsabgrenzungsposten	1.166,27 €
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
- das Eigenkapital:	5.540.727,43 €
- die Rückstellungen:	16.747,31 €
- die Verbindlichkeiten:	4.874.327,97 €
- passive Rechnungsabgrenzungsposten	9.204,93 €
1.2 Jahresverlust	269.740,70 €
1.2.1 Summe der Erträge	1.792.000,22 €
1.2.2 Summe der Aufwendungen	2.061.740,92 €

2. Feststellung und Verwendung des Jahresergebnis

Der Jahresverlust in Höhe von 269.740,70 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
Der Verlust der Sparte Hallenbad Badespass wird mit dem Gewinn der Sparte Versorgung verrechnet und danach in Höhe von 729.722,97 € durch die Gemeinde ausgeglichen.

3. Entlastung der Betriebsleitung

Die Betriebsleitung wird entlastet.

II. Die zusätzlichen Mittel in Höhe von 33.722,97 € zum Ausgleichs des Verlustes der Sparte Hallenbad werden 2016 überplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 11
Änderung der Gebührenordnung für die Erholungsanlage St. Leoner See	- 591.09 -

Ausführungen und Beschluss:

Herr Sebastian Thome hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Tobias Rehorst wünscht sich eine Aufschlüsselung der ermäßigten Kategorie, wenn dies nicht zu viel Aufwand verursacht. Die Einführung von Parkgebühren sieht er mit einem erheblichen technischen Aufwand verbunden, außerdem möchte man denen, die auf ein Auto angewiesen sind keine Nachteile zumuten. Er regt an, einen der drei parallelen Zufahrtswege für Autos zu sperren und nur für Radfahrer zuzulassen, um die Zufahrt zum See für sie sicherer zu machen.

Bürgermeister Dr. Eger führt aus, dass rechtzeitig vor Beginn der nächsten Badesaison auf den Wirtschaftswegen zum See großflächige Tempo-30-Signets aufgemalt werden, um die Geschwindigkeitsbeschränkung auffällig in Erinnerung zu rufen. Er warnt vor einer Einschränkung der Verkehrswege, da nur mit der momentanen Verkehrsregelung an starken Besuchertagen mit 10.000 und mehr Besuchern der Verkehr funktioniert, ansonsten wäre ein Aufgebot an Ordnern notwendig, um den Verkehrsfluss zu bewältigen.

Geschäftsführer Georg Grimm erklärt, dass der Erfassungsaufwand zur Differenzierung der ermäßigten Preise hoch erscheint und er prüfen muss ob die Anzahl der Kassentasten eine solche Unterscheidung noch hergeben.

Prof. Dr. Wolfgang Werner beantragt, dass Personen mit einem schwerbeschädigten Grad von 50 % den ermäßigten Eintritt erhalten.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2016

Gemeinderat Achim Schell bedauert, dass eine ermäßigte Bürgerjahreskarte nicht rechtmäßig beschlossen werden kann. Er ist gegen eine Beschränkung der Zu- und Abfahrten zum St. Leoner See und gegen eine Parkregelung. Wichtig findet er es allerdings, dass Rettungswege von parkenden Autos freigehalten werden und dies durch Beschilderung auch entsprechend reglementiert wird. Wenn nötig sollten verstärkt Parkeinweiser eingesetzt werden. Er bittet zu prüfen, ob die Vereinsförderung an Jugendliche und der Zuschuss zu den Kindergartengebühren nur für Einheimische rechters sind.

Gemeinderat Manuel Thome sieht aufgrund des Gerichtsurteils keinen weiteren Diskussionsbedarf über eine Bürgereintrittskarte. Den ermäßigten Kreis möchte er belassen, wie er ist. Er ist aus Marketinggründen gegen Parkgebühren und gegen ein Parkkonzept wegen mangelnder Durchführbarkeit und unerwünschter Verlagerung des Parkdrucks.

Gemeinderat Norbert Knopf möchte richtigstellen, dass mit seinem Konzept die Gebührenerhöhung ausgesetzt und stattdessen auf Fahrgemeinschaften gesetzt werden sollte. Ihm geht es darum, mit alternativen Verkehrsmitteln günstiger in den See hineinzukommen, was die Bürger aus St. Leon-Rot bevorzugen würde. Die gewünschte Parkraumbewirtschaftung hat die Steuerung des Verkehrs zum Ziel und rechnet sich. Er regt an, am Eingang ein Druckluftgerät aufzustellen, damit die mit dem Rad kommenden Besucher ihre Badeartikel aufpumpen können und sie nicht im Auto transportieren müssen. Er befürwortet die Absenkung des Grades der Behinderung auf 50 %.

Bürgermeister Dr. Eger weist auf bereits angedachte Verbesserungen wie Elektroladestationen, beschattete Parkplätze mit Photovoltaikanlagen wie auch dieses Druckluftgerät. Die Wirtschaftlichkeit bei der Parkraumbewirtschaftung sieht er nur begrenzt, weil sie saisonbedingt und wetterabhängig großen Schwankungen unterliegt und sich damit organisatorisch und personaltechnisch nur schwer bewältigen, lässt.

Gemeinderat Theo Vetter hält es für machbar, das einer der drei bis vier Zufahrten zum See, der als Radweg zwischen St. Leon und Reilingen ausgewiesen ist, für den Autoverkehr gesperrt wird. Überlegenswert wäre auch eine zumindest zeitweise Einbahnstraßenregelung.

Bürgermeister Dr. Eger verweist darauf, dass das System gut funktioniert und durch die 30-er-Beschriftung noch weiter optimiert werden kann. Er erinnert auch an die Situation, dass bei Heraufziehen einer Gewitterfront im Sommer in kürzester Zeit 10.000 Menschen das Seegelände räumen und der Verkehr reibungslos abfließt. Aus Sicht der Verwaltung wäre es gravierend, einen Weg zu entziehen. Bezüglich der Eintrittspreise zeigt er auf, dass der St. Leoner See im Vergleich zu den umliegenden Badeseen sehr günstig abschneidet.

Bürgermeister Dr. Eger stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung, den Personenkreis, welcher ermäßigten Eintritt erhält, um Menschen mit einem Grade der Behinderung von 50 % zu erweitern.

Der Gemeinderat lehnt diesen Vorschlag mit sechs Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen ab.

Der Gemeinderat beschließt mit 20 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen, die derzeitigen Regelungen zu lassen.

Bürgermeister Dr. Eger erzielt im Hinblick auf das zwischenzeitliche Eintreffen der Referenten zu Tagesordnungspunkt 17 Einvernehmen darüber, in der Tagesordnung fortzufahren. Die Voranstellung des Tagesordnungspunktes Wünsche und Anfragen der Bevölkerung hat den Sinn, dass der Gemeinderat von Bürgern eingebrachte Aspekte in seine Entscheidungsfindung mit einbeziehen kann. Davon unabhängig spiegelt jedoch die Tagesordnung die zeitlichen Notwendigkeiten und Prioritäten der gemeindlichen Aufgaben wider.

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö

Tagesordnungspunkt: 12

Masterplan St. Leoner See

hier: Vorgehensweise nach der Voruntersuchung

- 591.20.1 -

Ausführungen und Beschluss:

Herr Sebastian Thome hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage. Der Masterplan enthält ein Investitionsvolumen von 2,9 Mio. €.

Gemeinderat Tobias Rehorst ist erfreut, dass die auch von den Freien Wählern angestoßene Revision des Sees weiter voranschreitet, und möchte wissen, ob die E-Mobilität in den Zahlen bereits berücksichtigt ist.

Herr Sebastian Thome bestätigt, dass diese Maßnahme in Step drei vor der Saison 2017 aufgeführt ist.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2016

Gemeinderat Rudi Heger begrüßt den Masterplan und seine schrittweise Umsetzung in den nächsten 5 Jahren.

Gemeinderat Achim Schell signalisiert Zustimmung. Vor Errichtung der Mietobjekte wünscht er sich jedoch eine Vorstellung im Gemeinderat. Er regt die Einrichtung einer Hundewiese an und begrüßt das Komfortcamping.

Bürgermeister Dr. Eger stellt klar, dass die Mietobjekte den Charakter mobiler Unterkünfte haben müssen, um vom Regionalverband genehmigungsfähig zu bleiben. Sie werden nach 15 bis 20 Jahren abgeschrieben sein und dann durch entsprechend zeitgemäße Objekte ersetzt werden.

Herr Sebastian Thome informiert, dass bei den Kosten für den Step Mietobjekte diese selbst noch nicht enthalten sind, sondern lediglich der Erschließungsaufwand dargestellt ist.

Gemeinderat Ferdinand Speckert begrüßt den Masterplan und stellt fest, dass hierfür ein Gesamtvolumen von etwa 6 Mio. € investiert werden muss, und zwar ca. 2,4 Mio. € für die Stromversorgung, 2,9 Mio. € für die Erschließung sowie ca. 1 Mio. € für die Gebäude.

Bürgermeister Dr. Eger führt aus, dass sich die Objekte durch Mieteinnahmen innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes deutlich unter der erwarteten Lebensdauer refinanzieren.

Gemeinderat Manuel Thome signalisiert Zustimmung für die Mietobjekte und ist erfreut, dass die barrierefreie Zuwegung mitbedacht wird. Campen mit Hund sieht er als notwendigen Schritt aufgrund der Nachfrage, ebenso das Komfortcamping zur Entlastung der Dauercamper.

Gemeinderätin Marina Krenzke unterstützt den Masterplan in allen drei Punkten Mietobjekte, Camping mit Hund und Komfortcampen, hält jedoch die Anzahl von 17 Mietobjekten für zu hoch. Sie wünscht sich weniger und dafür aufgelockert mit viel Grün.

Bürgermeister Dr. Eger rät dazu, bei der Umsetzung derlei Anregungen zu berücksichtigen, jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu häufig Genehmigungsveränderungen anzustreben, sondern den Masterplan so zu belassen, wobei offen bleiben kann, in welchem Maß er dann ausgenutzt wird. Dies soll bei der Ausführungsplanung entsprechend gesteuert werden. Die Anschlussmöglichkeiten sollten vollumfänglich gelegt werden.

Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner bittet das Problem Wasservögel – Nilgänse – aufgrund der verursachten hygienischen Probleme anzugehen, damit die hervorragende Wasserqualität nicht leidet.

Geschäftsführer Georg Grimm informiert, dass hierzu ein Runder Tisch zwischen Gesundheitsamt und Jagdbehörde auf der Ebene des Landratsamtes im November zusammentritt, da alle Seebetreiber das gleiche Problem haben und aufgrund des Jagdrechts nur die Möglichkeit verbleibt, im Sommer die Tiere zu vergrämen.

Bürgermeister Dr. Eger ergänzt, dass aus diesem Grund auch auf Badeinseln verzichtet wurde, weil diese nachts als Ruheplatz benutzt werden und sich die Hygienesituation verschärfen würde.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Ergebnisse der Bestandsuntersuchung zur Kenntnis und beauftragt die Seeverwaltung mit der Realisierung des Masterplans in den nächsten fünf Jahren sowie zur Ermittlung der jeweiligen Kosten in Vorgriff und zur Einstellung in den jeweiligen Wirtschaftsplan.

Weiterhin wird die Verwaltung ermächtigt, die Ingenieurbüros Mohn Ingenieure und sbi GmbH mittels Stufenplan zur weiteren fachtechnischen Betreuung zu beauftragen.

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö

Tagesordnungspunkt: 13

**Deckensanierung 2016
hier: Auftragsvergabe**

- 656.230 -

Ausführungen und Beschluss:

Baumamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2016

Gemeinderat Theo Vetter vermutet, dass die Verkehrsführung während der Maßnahme im Bereich Radsport Schanzenbach verändert werden muss und bittet um Beobachtung damit man sich zu einem späteren Zeitpunkt über die Art und Weise der Beschilderung bzw. eventuell über ihren Wegfall unterhalten kann.

Bauamtsleiter Werner Kleiber ergänzt, dass sich die Maßnahme vom Kreisel Erlengrund bis zur Hauptstraße 59 erstreckt.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung und die Betriebsleitung des EB Wasserversorgung werden ermächtigt, die Aufträge zur Deckensanierung und zur Erneuerung von Kreuzungsknoten und zur Ergänzung von Absperrschiebern mit einer vorläufigen Gesamtauftragssumme von 177.538,21 € an die Firma Sailer AG aus Sandhausen zu vergeben.

Bürgermeister Dr. Eger ruft den Geschäftsordnungsantrag von Gemeinderat Achim Schell, die Tagesordnungspunkte 17 und 18 vorzuziehen, zur Abstimmung auf:

Der Antrag wird mit sechs Ja-Stimmen 16 Nein-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt:	14
Harres Sanierung des Glasdaches in der Passage Metallverglasungsarbeiten hier: Submissionsergebnis und weitere Vorgehensweise		- 841.11 -

Ausführungen und Beschluss:

Ortsbaumeister Peter Dietz hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Michael Herling bittet um Prüfung des Pluvia Systems von Geberit. Danach soll die Maßnahme dem Gemeinderat oder dem Ausschuss für Umwelt und Technik noch einmal vorgelegt werden.

Ortsbaumeister Peter Dietz antwortet, dass dieses System von einer anderen Firma vor drei Jahren bereits ausprobiert wurde, jedoch in den Grundleitungen nicht funktionierte.

Bürgermeister Dr. Eger stellt klar, dass im Falle einer neuen Ausschreibung dann der jetzige Preis nicht mehr gehalten werden kann.

Gemeinderat Achim Schell möchte wissen, ob man das Problem der Grundleitungen lösen kann.

Ortsbaumeister Peter Dietz antwortet, dass die Grundleitungen unter der Bodenplatte liegen und zu schwach dimensioniert sind. Bypass-Lösungen haben in der Vergangenheit nicht gefruchtet. Nur Entlastung von oben kann die Situation verbessern.

Gemeinderat Manuel Thome bittet um Stellungnahme, ob dies die einzige Möglichkeit ist, den Konstruktionsfehler, den der Harres offensichtlich von Anfang an hatte, zu beheben.

Bürgermeister Dr. Eger hält dies für die einzige Möglichkeit. Der Harres war in seiner ambitionierten – und preisgekrönten – Architektur den technischen Möglichkeiten seiner Zeit voraus. Mit den neuen Konstruktionsmodellen ist man dieser Architektur zwischenzeitlich gewachsen. Die bereits ausprobierte Alternative Teilabdeckung war nicht überzeugend.

Gemeinderat Manuel Thome signalisiert Zustimmung.

Gemeinderätin Marina Krenzke sieht in dieser Maßnahme angesichts der langen Reihe von Problemlösungsversuchen die letzte Hoffnung.

Gemeinderat Theo Vetter signalisiert Zustimmung im Vertrauen darauf, dass sich das Problem beheben lässt.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2016

Gemeinderat Michael Herling wünscht sich dennoch eine Prüfung des Systems, da bei einem komplett neuen Aufbau die zu klein dimensionierte Grundleitung vielleicht sogar ein Vorteil ist.

Gemeinderat Ferdinand Speckert sieht über die Jahre hinweg ein Fass ohne Boden und fragt, ob nicht ein konventionelles Dach möglich ist, dass dieses Problem löst.

Ortsbaumeister Peter Dietz entgegnet, dass bauliche Alternativen im Grenzbereich nach Architektengesetz liegen würden, aber auch die Optik verschlechtern würden. Die geplante Fassadenkonstruktion bietet die höchstmögliche Sicherheit, dass der Bereich dicht wird.

Der Gemeinderat fasst mit 20 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Die Firma Papst Metallbau GmbH, 68245 Bammental erhält den Auftrag für die Metallverglasungsarbeiten zur Sanierung des Glasdaches in der Passage des Harres zum Angebotspreis 514.726,53 €. Die erforderlichen überplanmäßigen Mittel in Höhe von 246.976,53 € (brutto) werden überplanmäßig bewilligt. Die Ausführung soll unmittelbar erfolgen.

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt:	15
Bebauungsplan „Oberfeld“ hier: Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans		- 621.41 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass die Verlegung der Hochspannungsleitung im Gebiet Rot Süd jetzt dank des Einverständnisses der Eigentümer vorgenommen werden kann. Somit kann nun ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

Gemeinderat Klaus Grün möchte wissen, wie groß das Bebauungsplangebiet ist.

Bauamtsleiter Werner Kleiber informiert, dass "Oberfeld" eine Fläche von 2,2 Hektar besitzt.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat beschließt die Aufstellung des Bebauungsplans am Ortsausgang Bahnhofstraße rechts. Der Geltungsbereich ergibt sich aus dem beigefügten Übersichtsplan des Büros Modus Consult, Karlsruhe. Das Verfahren trägt die Bezeichnung "Oberfeld"**
- 2. Die Verwaltung hat den Beschluss des Gemeinderats gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.**

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt:	16
Verlegung der 110-kV-Leitung hier: Beauftragung der Netze BW GmbH, Stuttgart mit der Durchführung der Maßnahme		- 811.43 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger erinnert an die dankenswerten Bemühungen der STEG, Bauamtsleiter Werner Kleiber und Gemeinderat Rouven Dittmann als Bürgermeister-Stellvertreter zur finalen Erfolgswendung sowie dem Gemeinderat als Beschlussgremium in allen wesentlichen Schritten.

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage. Das Projekt kann 2017 realisiert werden.

Gemeinderat Adolf Geider dankt allen Beteiligten, die zum Erfolg beigetragen haben, wie Netze BW, Gemeindeverwaltung, Flurbereinigungsbehörde und den Bürgern, die die Grundstücke eingebracht haben.

Gemeinderat Erwin-Peter Albert ist erfreut, dass die Umlegung jetzt erfolgreich angegangen werden kann

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2016

und ein neues Baugebiet entsteht. Er stimmt der Kostentragung zu.

Bürgermeister Dr. Eger würdigt angesichts des Alters der Trasse von über 60 Jahren den heutigen außergewöhnlichen Beschluss als Jahrhundertentscheidung. Es war von großem Vorteil, dass diese Umliegung im Zusammenhang mit der Flurbereinigung und der Ortsumfahrung nun möglich wurde.

Der Gemeinderat fasst mit 22 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, einen entsprechenden Bauvertrag mit der Netze BW GmbH, Stuttgart, zu den oben erläuterten Konditionen abzuschließen.

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö

Tagesordnungspunkt: 17

**Nutzungskonzept Kramer-Mühle
hier: Managementverfahren**

- 362.11 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger überträgt Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde die Sitzungsleitung.

Hauptamtsleiterin Anette Reich begrüßt Jens Ridderbusch vom Statistischen Landesamt, Abteilung Familienforschung, sowie Frieder Hartung vom Büro Urbane Projekte & Konzeptionen und hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Herr Jens Ridderbusch stellt anhand einer aufgelegten Präsentation den Verfahrensvorschlag „Managementverfahren - Familienfreundliche, Bürgeraktive und demografiesensible Kommune“ vor, um mit Beteiligung von Gemeinderat, Verwaltung, Bürgerschaft und Freundeskreis zu einem gemeinsamen Nutzungskonzept für die Kramer-Mühle zu kommen. Das Landesprogramm unterstützt Projekte und Konzepte für generationenübergreifende Treffpunkte mit dem Ziel, den sozialen Zusammenhalt und die Generationenbeziehungen in den Gemeinden zu fördern. Das Sozialministerium unterstützt auch die Vernetzung von Projektträgern untereinander, um von Erfahrungen gegenseitig profitieren zu können. Das Land bietet seine Prozessbegleitung zu einem günstigeren als den marktüblichen Preis an. Die Konzeptentwicklung geschieht beteiligungsorientiert, koppelt sich jedoch immer wieder zurück an das Entscheidungsgremium Gemeinderat. Das Verfahren wurde in über 70 Beteiligungsprojekten in den letzten zwölf Jahren im Land Baden-Württemberg bereits erprobt.

Herr Frieder Hartung erklärt die konkrete Vorgehensweise. Es gibt drei Beteiligte: eine Projektgruppe, die Öffentlichkeit und der Gemeinderat. Die Projektgruppe prüft und bewertet die Ideen und verdichtet sie zu einer Konzeption. Die Bürgerschaft wird in zwei Verfahrensschritten eingebunden. Der Gemeinderat beauftragt das Verfahren und entscheidet über das entwickelte Nutzungskonzept. Das Verfahren ist auf ein Jahr Dauer angelegt und hat zum Ziel, ein Nutzungskonzept vorzuschlagen, das auf breiter Basis durchdiskutiert ist und damit einen breiten Konsens findet.

Bürgermeister Dr. Eger übernimmt die Sitzungsleitung und informiert zu den einzustellenden Haushaltsmitteln, dass diese nicht nur Honorare, sondern auch Raummieten für den Harres und ähnliche Kosten beinhalten.

Gemeinderätin Anneliese Runde ist davon überzeugt, das mit dem vorgeschlagenen Verfahren ein zukunftsfähiges Nutzungskonzept entwickelt werden kann, bei dem Gemeinderat, Verwaltung, professionelle Planer, die interessierte Öffentlichkeit und die Vertreter der Vereine beteiligt sind. Sie bittet die Besetzung der Projektgruppe in einer separaten Gemeinderatssitzung zu entscheiden.

Gemeinderat Michael Herling findet die Vorgehensweise mit einem Runden Tisch zur Erarbeitung des Nutzungskonzeptes richtig. Dieses soll das Gesamtensemble mit dem Mühlengrundstück einbeziehen. Auch soll der Arbeitskreis Heimatgeschichte mitwirken und der Denkmalschutz stets einbezogen sein, damit die Ideen auch umsetzbar sind.

Gemeinderat Carsten Kamuf begrüßt die Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit unter professioneller Moderation, um zu einer zielgeltenkten Entscheidung zukommen. Für ihn ist ganz wichtig, dass das Konzept das gesamte Grundstück einbezieht.

Bürgermeister Dr. Eger bestätigt, dass die Blickrichtung ursprünglich nur das eigentliche Mühlengebäudeensemble einschließlich des Grundstücksteils am Bach umfasst hatte; in diesem offenen Prozess des Manage-

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2016**

mentverfahrens jedoch sollen die Anregungen gesamtheitlich für das gesamte Grundstück einfließen. Er hält es für sinnvoll und vertretbar, dass man innerhalb des überschaubaren Zeitraumes von einem Jahr die Mühle in ihre Gesamtheit betrachtet, zumal man auch die westliche Freifläche am Bach noch einzubeziehen hat. Es ist ein offener Prozess, in dem ein hoffentlich breiter Konsens gefunden wird.

Gemeinderat Ferdinand Speckert signalisiert Zustimmung und verbindet damit die Hoffnung, dass man mit Verstand und Herz zu einem guten Ergebnis kommt. Er möchte heute noch nicht über die Besetzung der Projektgruppe entscheiden.

Gemeinderat Manuel Thome wünscht die Besetzung der Projektgruppe ebenfalls gesondert zu behandeln.

Gemeinderat Norbert Knopf begrüßt die Vorgehensweise mit einem neutralen Moderator und ist dafür, das gesamte Ensemble zu betrachten. Über die Besetzung der Projektgruppe soll zügig entschieden und die Öffentlichkeit breit eingebunden werden.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Gemeinde beauftragt das Statistische Landesamt Baden-Württemberg mit der Erarbeitung eines Nutzungskonzepts „Kramer-Mühle“ im Wege des angebotenen kommunalen Managementverfahrens einschließlich der Leistungsoptionen nach Bedarf.

Die notwendigen Mittel in Höhe von 24.000 € für die Beauftragung sowie sonstige Kosten werden im Haushalt 2017 bereitgestellt.

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 18
Neubau von Wohnungen auf dem Freigelände der Kramerschen Mühle hier: Vorstellung der Architektenentwürfe für die Überplanung des freien Grundstückteils	- 362. -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger weist daraufhin, dass der jetzige Weg auch nur dadurch möglich geworden ist, dass die Gemeinde zwischenzeitlich einige Objekte für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen erwerben konnte. Bei maximaler Belegung dürfte es möglich sein, 240 Personen unterzubringen, allerdings unter Ansetzung der minimalen Fläche pro Bewohner, was unter sozialen Gesichtspunkten sicherlich bedenklich wäre. Bis Ende 2018 hat die Gemeinde 320 Personen unterzubringen, jedoch noch ohne Berücksichtigung eines Familiennachzugs. Diese Planungsgrößen sind gegenwärtig relativ sicher, da schon bekannt ist, wie viel Personen in den Unterkünften des Landkreises leben, und da die Ausländerbehörde zwischenzeitlich die Residenzpflicht anordnen kann. Auf Basis der Situation zum Erwerbszeitpunkt vor einem Jahr wurden zwei Planungsbüros mit der Ausarbeitung von Entwurfsvarianten für die maximale Ausnutzung der Fläche mit 22 Wohneinheiten beauftragt und damit der damalige Auftrag an die Verwaltung ausgeführt.

Ortsbaumeister Peter Dietz stellt die beiden Planungsentwürfe vor. Der Entwurf von Jöllenbeck & Wolf sieht ein zweigeschossiges Gebäude parallel zum bestehenden Remisengebäude sowie ein dreigeschossiges Gebäude parallel zum Karpfenweg vor, jeweils mit Laubengang. Das Büro Maier schlägt zwei getrennte zweigeschossige einzelne Gebäude mit jeweils innenliegendem Treppenhaus und Dachgeschoss mit Kniestock vor, davon eines als Abschlussriegel parallel zur Roter Straße und eines senkrecht zum Karpfenweg (Erschließung vom Karpfenweg). Beide Entwürfe beinhalten auch eine fußläufige Verbindung zwischen Roter Straße und Karpfenweg über das Gelände.

Auf **Bürgermeister Dr. Eger** wirkt die Dreigeschossigkeit deutlich zu wuchtig, die Bebauung soll, wenn sie kommt, sich in die Bestandsanlage sanft einfügen.

Gemeinderat Siegfried Köck sagt, dass seine Fraktion hinter dem Beschluss vom 15.12.2015 steht. Die Wohnsituation in der Gemeinde ist nicht leicht, das Lager in Rot wird abgerissen und die Gemeinde ist gewachsen. In die Erwerbsentscheidung ist eingeflossen, dass die Mühlenbebauung Sozialwohnungscharakter bekommen soll. Dabei ging es nicht nur um die Anschlussunterbringung, sondern auch um soziale Wohnbebauung, um der Entstehung von sozialen Brennpunkten vorzubeugen. Er ist dafür, die Wohneinheiten zu reduzieren, um das Gebäudeensemble der Mühle zur Geltung zu bringen, und plädiert für eine attraktive Wohneinheit, die Altes mit Neuem verbindet, sowie für Parkplätze, die ohnehin für jedes Nutzungskonzept gebraucht werden. Die Planung für die soziale Bebauung soll mit der Entwicklung des Nutzungskonzeptes

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2016

einhergehen.

Bürgermeister Dr. Eger gibt zu bedenken, das unter normalen Maßstäben etwa 12 – 14 Hektar Baufläche für 320 Personen notwendig sind und man für einen Zuwachs von 1000 bis 1200 Einwohnern etwa 40 Hektar Neubaufäche in den Baugebieten Reilinger Straße bzw. Rosenstraße/Tränkweg ausgewiesen hat. Bei 320 Personen ohne Familiennachzug sind weiterhin innovative Lösungen gefragt. Die vom Freundeskreis Kramer-Mühle angeführte Liste von Neubaugrundstücken bittet er zur Prüfung vorzulegen.

Gemeinderat Rudi Heger ist erschrocken über die Masse. Er sieht keinen dringenden Bedarf, zum jetzigen Zeitpunkt über die Bebauung zu entscheiden, sondern möchte das Gesamtkonzept für die Mühle abwarten.

Gemeinderat Achim Schell hält eine Abstimmung über die Entwurfsvarianten zum derzeitigen Zeitpunkt nicht für notwendig, da man beim Erwerb von höheren Unterbringungszahlen ausgegangen ist und der Gemeinde jedoch sehr schnell ein dezentrales Unterbringungskonzept gelungen ist. Das Nutzungskonzept soll das gesamte Gelände überplanen. Wenn die noch vorhandenen Grundstücke in den bisherigen Baugebieten nicht ausreichen, soll geprüft werden, ob im Oberfeld eine soziale Bebauung integriert werden kann. Er schlägt ein Gemeindekonzept für den sozialen Wohnungsbau vor.

Bürgermeister Dr. Eger stellt klar, das beim zukünftigen Baugebiet Oberfeld enge vertragliche Regelungen bestehen, an die die Gemeinde sich nun halten muss. Des Weiteren ist die Länge eines Bebauungsplanverfahrens zu bedenken, dass allein bei der Ausweisung von Schiff II und geordneter Grundstückssituation bereits drei Jahre gedauert hatte. Mit Wegzügen ist angesichts der angeordneten Residenzpflicht von drei Jahren nicht zurechnen.

Gemeinderat Ferdinand Speckert sieht die Entscheidungssituation heute nicht anders als vor einem Jahr. Es war und ist sozialer Wohnungsbau gemeint, den die Kommune im Einklang zur Wirtschaftlichkeit vertreten muss. Er hält Variante 1 für eine gelungene Einbindung, die Anzahl von Wohneinheiten für angemessen und möchte keine weitere Zeit vertun, da keine weiteren Gemeindeflächen vorhanden sind, um solche Kapazitäten zu schaffen.

Gemeinderat Manuel Thome hält die Entscheidung vom Dezember 2015 über den Erwerb mit der Absicht, sozialen Wohnungsbau zu schaffen, für immer noch notwendig und richtig. Die Planung Jöllenbeck & Wolf findet seine Zustimmung.

Auf seine Frage nach ansonsten noch verfügbaren Flächen in vergleichbarer Größenordnung antwortet **Bürgermeister Dr. Eger**, dass die Gemeinde an Grundstücken in den Neubaugebieten praktisch ausverkauft ist bis auf fünf Tauschgrundstücke, die auch für besondere Zwecke zurückgehalten werden, und die Kindergartengrundstücke, die im Zuge von Einwohnerzuwachs notwendig sind, nachdem bei den kirchlichen Trägern alles Machbare nachverdichtet wurde.

Gemeinderat Manuel Thome möchte, dass die Art der Bebauung in das Nutzungskonzept der Kramer-Mühle mit einbezogen wird, jedoch mit der Maßgabe sich von den 20 Wohnungen nicht wegzubewegen und das Erdgeschoss barrierefrei auszugestalten.

Gemeinderat Norbert Knopf wünscht sich ein Baulückenkataster mit der Angabe, wem die Grundstücke gehören. Der Bürgerbeteiligung zum Nutzungskonzept möchte er keine Vorgabe bezüglich der Bebauung machen, sondern die Entwürfe heute nur zur Kenntnis nehmen. In dem einjährigen Prozess ist Zeit genug die Baulücken aufzuspüren und bei Fehlanzeige dann gegebenenfalls die Bebauung weiter zu verfolgen.

Bauamtsleiter Werner Kleiber informiert, dass ein Baulückenkataster mit aktuellen Adressen bereits vorliegt.

Für **Gemeinderat Klaus Grün** steht es außer Frage, dass in der Gemeinde bezahlbare Wohnungen für Flüchtlinge, aber auch für andere sozial schwache Einwohner gebraucht werden.

Gemeinderat Adolf Geider findet, dass dringend bezahlbarer Wohnraum für ärmere Bürger gebraucht wird, da dieser Personenkreis nicht selber bauen kann.

Gemeinderat Siegfried Köck sieht eine Verpflichtung der Gemeinde für sozialen Wohnungsbau und möchte heute eine Entscheidung herbeiführen, um dem Projekt eine Zielvorgabe zu geben.

Bürgermeister Dr. Eger macht deutlich, dass er sich nicht gegen eine einstimmig getroffene Entscheidung stellen wird und man die damalige Entscheidungsgrundlage auch nicht einfach ausblenden kann. Er ist dafür, dass das kommunale Managementverfahren das Mühlengrundstück mit einbezieht, möchte jedoch eine Ent-

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2016

scheidung darüber, welche Entwurfsvariante die Verwaltung in dem Verfahren vertreten soll.

Gemeinderat Roman Heger ist der Meinung, dass man die Entscheidung um ein Jahr zurückstellen soll, da beim Erwerb nicht beschlossen wurde, wann mit der Bebauung weiterzumachen ist.

Gemeinderätin Marina Krenzke möchte zweigleisig fahren: den Prozess der Bürgerbeteiligung starten und das Baulückenkataster parallel als Instrument nutzen, da Wohnung für Sozialschwache gebraucht werden.

Gemeinderat Achim Schell unterstützt den Vorschlag von Gemeinderat Norbert Knopf.

Für **Gemeinderat Theo Vetter** kommt Variante 2 gar nicht in Frage. Er schlägt vor Variante 1 jetzt nicht sofort zur Ausführung zu bringen, sondern als Planungsgrundlage entsprechend Variante 1 in das Nutzungskonzeptverfahren einzubringen. Er ist nicht dafür, dass der ganze Beschluss des Gemeinderats von Dezember 2015 gekippt wird.

Gemeinderätin Birgit Klemenz möchte wissen, ob es für das Nutzungskonzept schädlich ist wenn heute über die Bebauung entschieden wird.

Nach Einschätzungen von **Herrn Jens Ridderbusch** könnte eine knappe und strikte Entscheidung eine Hypothek für das Bürgerbeteiligungsverfahren bedeuten, wohingegen Ziel des Managementverfahrens eine möglichst breit vermittelte und getragene Entscheidungsgrundlage ist.

Bürgermeister Dr. Eger formuliert als Beschlussantrag, dass im Falle einer Bebauung eine Ausführung im Stile von Variante 1 – Entwurf Jöllenbeck & Wolf – favorisiert wird.

Gemeinderat Norbert Knopf möchte zuerst über seinen Vertagungsantrag abstimmen.

Der Antrag, die Entscheidung über die Gestaltungspräferenzen zu vertagen, wird mit 11 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen abgelehnt.

Bürgermeister Dr. Eger stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

In den Prozess Kommunales Managementverfahren wird die Gestaltungspräferenz auf der Basis des ersten Entwurfs eingebacht.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag mit 12 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen zu.

Gemeinderätin Anneliese Runde beantragt die Sitzung zu beenden.

Der Gemeinderat stimmt diesem Antrag mit 15 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen ohne Enthaltungen zu.

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt:	19
Einführung eines Sozialtickets hier: Antrag Bündnis 90/Die Grünen		- 452.1 -

Ausführungen und Beschluss:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt:	20
Verschiedenes		

Ausführungen und Beschluss:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. Oktober 2016**

Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2016 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt:	21
Wünsche und Anfragen	- 022.3 -	

Ausführungen und Beschluss:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.
